

Februar / März 2013

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Hohe Schutzstandards in der EU umsetzen!

Jeden Tag sind ca. 250 Mio EU-Bürger im Internet, beruflich, zum Zeitvertreib, zur Kommunikation, um einzukaufen, Wissen anzueignen, weiterzugeben, Freundeskreise zu entwickeln, sich gesellschaftlich betätigen. 90% aller Online-Käufer geben bedenkenlos ihre Daten ab. Nur 1/3 der Bürger/innen weiß, dass es Datenschutzbeauftragte gibt. Verträge werden geschlossen, oft in dem Glauben, alle geforderten Daten müsse man automatisch abgeben, damit Verträge rechtskräftig werden. Oder auf Fußballtickets sind RFID-Chips. Telefondaten werden gespeichert und in Funkzellenüberwachungen geortet. Handelsketten ködern mit Kreditkarten, Versicherungen verlangen Daten ab, Arbeitgeber wollen am Liebsten alles über Ihre Arbeitnehmer wissen. Die Bürgerin, der Bürger ist selbst Gegenstand der Datenausbeute. Es gibt den Datenmarkt, Datenwettbewerb rund um den Globus.

Wer nicht „gläsern“ und zum Spielball werden will, braucht einen starken Schutz der eigenen, der personenbezogenen Daten. Gegenwärtig werden zwei große Datenschutzpakete im Europaparlament verhandelt, die Allgemeine Grundverordnung und die Richtlinie für den Bereich Justiz und Polizei. Diese beiden Vorlagen sollen den Datenschutz europaweit auf möglichst hohem Niveau harmonisieren. Ein deutlicher Fortschritt ist, dass ausländische Unternehmen, die Daten von EU-Bürgern verarbeiten, sich künftig den EU-Regelungen unterwerfen müssen. Der Datenschutz für Bürger/innen wird erleichtert, indem diese ausdrücklich einer Datenverarbeitung zustimmen müssen und diese nicht stillschweigend vorausgesetzt werden kann. Es muss transparente und einfach verständliche Erklärungen geben! Wichtig ist, dass Datenschutz bei technischen Neuerungen künftig eingebaut und Voreinstellungen für die Bürger mittels Extrahinweisen eingebaut werden müssen. Nur so kann erreicht werden, dass die Bürger/innen wissen, was geschieht, wenn sie ihr Ja oder Nein zur Datenerfassung und -weitergabe abgeben. Gestärkt werden sollen auch die Kompetenzen der Datenschutzbeauftragten. Aber es gibt Baustellen, z.B. ist der Transfer von Daten in Drittstaaten noch zu einfach. Auch werden aus den Neuregelungen die Europäischen Institutionen ausgelassen,

was wir als Linke nicht akzeptieren. Was wollen wir als LINKE außerdem in den Verhandlungen zu den Datenschutzpaketen erreichen?

Wir wollen, dass den Mitgliedsstaaten erlaubt wird, über den Standard der Verordnung hinaus auch höhere Standards regeln zu dürfen. Datentransfer in Drittstaaten, die keinen angemessenen Datenschutz aufweisen, ist definitiv zu verbieten. Wir wollen strikte Regelungen zum Arbeitnehmerdatenschutz. Videoüberwachung von Arbeitnehmer/innen darf es nicht geben. Kein Profiling im Beschäftigtenverhältnis, Gesundheitsdaten nur streng zweckbestimmt und nicht für die Hände der Arbeitgeber - das sind unsere Essentials! Mehr als 4000 Änderungsanträge aus den Fraktionen gibt es zu den beiden Datenschutzpaketen.

Ende April wird der Ausschuss in einem Abstimmungsmarathon ein Verhandlungsmandat beschließen. Danach verhandeln Rat und Parlament als Gesetzgeber gemeinsam mit der Kommission. Wir hoffen, dass bis Ende des Jahres Datenschutzpakete unter Dach und Fach kommen, die den gestiegenen Ansprüchen der Bürger/innen entsprechen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einklagbar machen!

Go Meet a Deputy - Gespräche zur GAP Reform



Im Rahmen der Aktion Go meet a Deputy traf ich mich in meinem Dresdner Europabüro im Februar mit jungen AktivistInnen zu einem gemeinsamen Gespräch über die europäische Agrar-

politik. Hintergrund des Treffens war die im März im Eu-Parlament abgestimmte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die dort getroffenen Kompromisse des EU-Agrarausschusses bilden jedoch keine gute Grundlage für die Verhandlungen mit den Agrarministern und der EU-Kommission zur GAP Reform. Das Parlament ging letztlich mit Positionen in die Verhandlungen, die weit hinter den von EU-Agrarkommissar Ciolos 2011 vorgelegten Vorschläge zurückfallen. Wir fordern eine erneute Verhandlung in den zuständigen parlamentarischen Ausschüssen und eine sozial-ökologische Agrarpolitik!

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Anja Eichhorn
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz im Rathaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Februar / März 2013

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Paul Murphey zur irischen Ratspräsidentschaft



Der Beginn der EU-Ratspräsidentschaft Irlands wurde vom irischen Premierminister Enda Kenny gepriesen als eine Periode in der „ein Land der Erholung, Erholung nach Europa bringt.“ Das Jahr 2012 ist für Irland das fünfte Jahr einer inländischen Rezession und für Gesamteuropa das Jahr des Rückfalls in die Rezession. Angesichts dessen kann und wird die Lobpreisung des Premierministers für die irische Arbeiterschaft nur leere Rhetorik sein. Die rigide Sparpolitik zerstörte den Lebensstandard unzähliger Menschen verursachte eine Krise, in der Massenarbeitslosigkeit und Armut zur Realität vieler geworden sind. Funktioniert haben die Sparmaßnahmen nur für die Anleihengläubiger, an welche 26 Milliarden an Steuergelderfonds 2013 zugezahlt werden und für weite Teile des Großkapitals.

Kenny begann die Ratspräsidentschaft mit dem umwerben der bayrischen CSU in der Hoffnung, einen Deal zur Bankenkrise auszuhandeln. Die irischen Arbeitnehmer zahlen unglaubliche 42% der Gesamtkosten der Bankenkrise. Allerdings ist der Deal den die Regierung möchte, völlig inadäquat. Die Sozialistische Partei Irlands ist der Meinung, dass die wohlhabenden Bankiers und Anleihegläubiger zahlen sollten, anstatt die Arbeiterschaft in Irland oder anderswo.

Die jetzige Regierung hat der Problem der Jugendarbeitslosigkeit auf 30% in Irland verschärft und das trotz Auswanderung auf Rekordniveau. Alles was die Präsidentschaft jedoch zu bieten hat, ist das „Jugend Einlagensicherungssystem“, ein leeres Versprechen ohne Investitionen in reale Arbeitsplätze. Die Regierung will die Ratspräsidentschaft nutzen, um sich als „Musterschüler“ bei der Umsetzung der Sparmaßnahmen zu präsentieren. Die irische Bürgerschaft ist aber nicht dazu bereit, diese Medizin zu schlucken. Allerdings hat der skandalöse Mangel an Führung durch die Gewerkschaften die Kämpfe gegen die Sparpolitik beschnitten, was zu einem weitaus geringeren Protest als beispielsweise in Griechenland, Spanien oder Portugal führte.

Die Kampfbereitschaft der Menschen wird jedoch durch eine Kampagne der sozialistischen Partei demonstriert, im Zuge derer sich die Hälfte der Bevölkerung weigerte, die verhassten Haushaltssteuern zu bezahlen. Diese Steuer ist Teil eines Programms der regressiven Besteuerung, gefordert von der Troika (IWF; EZ und EZB). Zudem ist die Regierung dabei eine so genannte Grundsteuer einzuführen, die ebenfalls auf Proteste stoßen

wird. Parallel zu den Kämpfen gegen die Austeritätspolitik entwickelt sich eine Generation von jungen Menschen, speziell Frauen, die für das Recht auf Abtreibung kämpfen. Der tragische Tod von Savita Halappanavar, die infolge des Verbotes einer lebensrettenden Abtreibung im Dezember letzten Jahres ums Leben kam, führte 20 000 Menschen auf die Straßen und zur internationalen Ächtung des Faktes, dass in Irland Abtreibung nach wie vor illegal ist. Die Sozialistische Partei Irlands ist Teil der Mobilisierung und kämpft für das volle Recht auf Abtreibung.

Das sektiererische Aufflammen in Nordirland infolge der Entscheidung, die britische Unionsflagge von der Belfast City Hall zu entfernen, zeigt dass der Friedensprozess die Probleme, die zu der tiefen Spaltung zwischen protestantischen und katholischen Gemeinden führen, noch lange nicht gelöst hat. In Wirklichkeit ist der Prozess des Friedens weniger eine wirkliche Annäherung an die Menschen in der Gesellschaft, als vielmehr die bloße Ausgliederung von sektiererisch basierten Parteien. Die wichtigsten Parteien im Norden, vor allem die DUP und Sinn Fein sind glücklich, die sektiererische Karte zu spielen, um vom Programm der Milliardenkürzungen, die auf Geheiß der Tory Regierung umgesetzt werden sollen, abzulenken. Die sozialistische Partei spielt eine wichtige Rolle in der Gewerkschaftsbewegung und beim Aufbau einer vereinten Arbeiterschaft, als Alternative zu Austeritätspolitik und Sektierertum.

Die aktuelle Krise ist eine europäische und globale Krise des Kapitalismus und braucht eine internationalistische Antwort. Wir glauben an den Kampf einer vereinten Arbeiterschaft und arbeiten dabei eng zusammen mit unserer Schwesterorganisationen, dem Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI). Gleiches gilt für die Socialist Party in England und die LINKE in Deutschland. Unsere Priorität für die irische Präsidentschaft ist eine Diskussion mit Aktivisten und linken Kräften in ganz Europa darüber, wie wir einen gemeinsamen Widerstand, einschließlich einem europaweiten 24h Generalstreik, organisieren. Darüber auch, warum wir ein endlich sozialistisches Europa brauchen.

+++ Termine im April + + +

04.04. Fachkonferenz „Seniorenpolitik in der EU“ (Berlin, 10-15Uhr)

19.4. Die europäische Rechte (KAP Torgau, 18Uhr)

26.4. Podiumsdiskussion „Wasser ist ein Menschenrecht!“ (ENSO Gebäude Dresden, 19Uhr)

Weitere Info's zur politischen Arbeit von und mit Cornelia Ernst sowie zu Veranstaltungen unter:

www.cornelia-ernst.de